

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(35. - nicht öffentliche und öffentliche - Sitzung am 7. Mai 2015)

Beratungsthemen:

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

1. Verfahrensfragen

Der Ausschuss fasste einen einstimmigen Verfahrensbeschluss zur Reduzierung des Umfangs der Niederschrift über seine Informationsreise nach Brüssel (31. bis 33. Sitzung).

Öffentlicher Sitzungsteil

2. Südniedersachsen stärken - integriertes, territoriales Investitionsprogramm bei der EU beantragen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3107](#)

Auf Vorschlag der Fraktionen von SPD und Grünen sollte ihr gemeinsamer Antrag „Südniedersachsen stärken - gebündelte EU-Förderpolitik zum Erfolgsmodell machen“ - [Drs. 17/3443](#) – vom 05.05.2015 (direkt überwiesen und verteilt am 06.05.2015) zusammen mit dem CDU-Antrag beraten und die TO entsprechend ergänzt werden. Dem wurde durch die Fraktionen von CDU und FDP gemäß § 25 Abs. 1 Satz 1 i.V. mit § 39 Abs. 3 Satz 1 GO Niedersächsischer Landtag widersprochen. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP beschloss der Ausschuss dann, den Antrag der Fraktion der CDU und den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen in der Sitzung am 21. Mai 2015 zu beraten.

In der Diskussion über das weitere Verfahren bestand zwischen den Koalitionsfraktionen und den Oppositionsfraktionen Uneinigkeit darüber, ob sich der Ausschuss in der 34. Sitzung über die Durchführung einer Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU verständigt hatte und im Hinblick darauf in der heutigen Sitzung der Zeitpunkt der Anhörung und der Kreis der Anzuhörenden festzulegen waren. Die Oppositionsfraktionen vertraten die Ansicht, dass sich der Ausschuss in der 34. Sitzung auf die Durchführung einer Anhörung verständigt hatte, und benannten Anzuhörende. Außerdem erbat sie die Anfertigung eines Wortprotokolls über den betreffenden Teil jener Sitzung.

**3. Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union
Unterrichtungswünsche zu EU-Vorlagen**

a) **Unterrichtung durch die Bundesregierung: Nationales Reformprogramm 2015 (Bundratsdrucksache 133/15)**
EU-Vorhaben (01.04.2015)

b) **Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine globale Partnerschaft für Armutsbeseitigung und nach-haltige Entwicklung nach 2015, COM(2015) 44 final (Bundratsdrucksache 89/15)**
EU-Vorhaben (06.03.2015)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen in schriftlicher Form entgegen; eine Aussprache ergab sich nicht.

4. **Beratung über einen Gedankenaustausch mit der EUREGIO**

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, die Anregung des Abg. Hilbers aufzugreifen, im Rahmen einer eintägigen auswärtigen Ausschusssitzung ein Gespräch mit Vertretern der EUREGIO zu führen. Das Gespräch soll nach Möglichkeit nicht nur auf deutschem Gebiet, sondern auch auf holländischem Gebiet stattfinden. Der Ausschuss kam überein, dass sich die Fraktionen am Rande des nächsten Plenums über Zeitpunkt, Ort, Sitzungsdauer und Gesprächsthemen verständigen.

5. **Besprechung einer Informationsreise des Ausschusses**

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion der CDU, im ersten Halbjahr 2016 eine Informationsreise auf die iberische Halbinsel durchzuführen, ab.

6. **Terminabsprachen, Verschiedenes**

Der Ausschuss erhielt im Nachgang zu der Unterrichtung durch die Landesregierung über den Inhalt und den aktuellen Stand des EU-Konjunkturprogramms (EFSI), die in der 34. Sitzung erfolgt war, Antworten auf Fragen, die seinerzeit unbeantwortet geblieben waren.

Der Ausschuss kam überein, sich in der Sitzung am 21. Mai 2015 durch die Landtagsverwaltung die Verfügbarkeit von EU- und BR-Vorlagen im Intranet des Landtages vorstellen zu lassen.

Der Ausschuss stimmte einvernehmlich dafür, dass die Fraktionsreferenten in den Verteiler zur Versendung von Vorlagen aufgenommen werden, soweit diese Gegenstand öffentlicher Ausschusssitzungen sind.